

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 19. März 1892.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienens, Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Ministerkrisis.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir uns in einer Regierungskrise befinden; ihr Verlauf ist in diesem Augenblicke um so weniger vorherzusehen, da die Entscheidung alsbald durch die gestern Nachmittag erfolgte Abreise des Kaisers nach Hinterpommern vertagt worden. Die Alerie und die Umgebung des Kaisers hatten ihm, da er von dem jüngsten Unwohlsein noch angegriffen ist, dringend zu dieser Erholungsreise gerathen; die Abwesenheit Sr. Majestät dürfte bis zur Mitte der nächsten Woche dauern.

Die Krisis ist, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, durch Aeußerungen des Kaisers in dem Kronrathe vom Donnerstag herbeigeführt worden. Das Volksschulgesetz stand nicht auf der Tagesordnung desselben; gegen den Schluß der Beratung kam der Kaiser darauf zu sprechen; er soll auf die Bewegung hingewiesen haben, welche gegen den Entwurf im Lande herrscht und auf die Bedenken gegen den Erlaß eines solchen Gesetzes im Gegensatz zu den Mittelparteien. In Folge dieser Bemerkungen und ihrer zusammenfassenden Aufnahme bei den meisten Ministern hat Graf Zebly, wie auch in der „Nordb. Allg. Ztg.“ bestätigt wird, seine Entlassung nachgesucht und an der Sitzung des Staatsministeriums gestern Vormittag nicht mehr Theil genommen. Der Kaiser soll zunächst die Genehmigung des Entlassungsgesuches abgelehnt haben; von den konfessionellen Freunden des Kaisers wird indes erklärt, daß er auf seinen Rücktritt beharren werde, da er entschlossen war, mit seinem Entwurf zu stehen und zu fallen, und da der Widerstand gegen diesen durch die neuesten Vorgänge selbstverständlich weiter verstärkt, die Durchsetzung des Entwurfs somit noch unwahrscheinlicher geworden sei, als sie es schon vorher war. Eine ähnliche Aeußerung soll Graf Zebly auch selbst gethan haben. Gestern Nachmittag verlautete weiter, daß auch der Reichskanzler Graf Caprivi seine Entlassung nachgesucht habe, und die „Kreuz-Ztg.“ meldet dies als Thatsache. So viel scheint richtig zu sein, daß Graf Caprivi die Ansicht beibehalten hat, er müsse für den Kultusminister eintreten; indes herrscht die Ansicht vor, daß auch, falls der Ministerpräsident inzwischen eine Entlassungsgesuch eingereicht, seine Position in der Krisis doch eine andere sei, als die des Respektministers, daß die eventuelle Genehmigung der Demission des letzteren nicht notwendig die des Rücktritts des Grafen Caprivi nach sich ziehen, der Kaiser ihn vielmehr zum Verbleiben auf seinem Posten veranlassen würde. Graf Caprivi hat der gestrigen Sitzung des Ministeriums präsidirt. Ganz haktlos scheint uns eine Kombination, welche den Grafen Zebly dadurch im Ministerium erhalten will, daß sie ihn zum Minister des Innern an Stelle des Herrn Herrfurth designirt. Auf einen solchen Gedanken könnte doch nur verfallen, wer eine möglichst schwache Regierung zu Stande bringen wollte; man würde einen Minister beiseitelegen, der sich durch die erfolgreiche Lösung wichtiger und schwieriger Aufgaben bewährt und Ansehen erworben hat, und man würde ihn durch einen Minister ersetzen, der in Folge des unpolitischen Vorgehens mit einer schweren Niederlage begonnen hätte.

Der „D. D. C.“ bemerkt: Der Rücktritt eines Ministers oder auch des ganzen Ministeriums würde an der Sachlage zur Zeit nichts ändern, würde die bisherige Unsicherheit und Unklarheit nicht nur bestehen lassen, sondern noch steigern. Allen eine Kammerauflösung kann in das Wirrsal, welches gegenwärtig herrscht, Licht bringen.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt am Schluß eines längeren Artikels: Was die Zukunft bringt, ist ungewiß, und zur Vertrauensheilung ist kein Anlaß. So viel aber ist handgreiflich, daß bei der Nachricht von dem Verzicht auf dieses Schulgesetz Millionen guter Bürger erleichtert aufatmen würden, wie von einem Alp befreit. Sie würden mit Genugthuung wahrnehmen, daß am Ende des neunzehnten Jahrhunderts trotz Herrn von Caprivi die öffentliche Meinung eine Macht ist.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, ist das Entlassungsgesuch des Kultusministers aus prinzipiellen Differenzen entstanden, in welche der Minister mit dem Kaiser über die Schulvorlage gerathen ist. Das Gesuch ist gestern früh eingereicht worden. Nach Beendigung des gestrigen Ministeriums hat auch der Reichskanzler sein Entlassungsgesuch eingereicht. In Folge dessen sandte der Kaiser den Chef des Zivilkabinetts, Herrn von Lucanus zum Kultusminister, um diesen zur Rücknahme seines Entlassungsgesuches zu bewegen. Bis zum späten Nachmittag war dieselbe nicht erfolgt. Der Kultusminister begab sich Nachmittag zum Reichskanzler und konfertierte längere Zeit mit demselben. Es ist übrigens zu betonen, daß im Ministerium der Versuch gemacht worden ist, aus dem Volksschulgesetz ein Dotationsgesetz aufzuheben, daß sich der Kultusminister dem widersteh hat und dabei überstimmt worden ist.

Ueber die ganze Situation lassen sich die „Berl. Pol. Nachr.“ in folgender Weise aus:

Schon seit einiger Zeit mehren sich die Anzeichen, daß der Entwurf des Volksschulgesetzes auch in solchen Kreisen auf schwere Bedenken stößt, welche nicht den Parteien angehören, die im Landtage den Entwurf bekämpft haben. Es ist bekannt, daß auch innerhalb der konfessionellen Partei und zwar sowohl in ihrer parlamentarischen Vertretung als im Lande zahlreiche Elemente vorhanden sind, welche dem Entwurf in wesentlichen Theilen nicht zustimmen und die dadurch geschaffene allgemeine politische Situation mißbilligen. Diese Strömung hat augenscheinlich in der neuesten Zeit, namentlich in den letzten Tagen an Stärke erheblich gewonnen und in den maßgebenden Kreisen den aus der Generaldebatte über den Volksschulgesetzentwurf entnommenen Eindruck, als ob die ganze konfessionelle Partei hinter dem Volksschulgesetzentwurf stände, verwischt.

Gewiss liegen Anzeichen dafür vor, daß außerhalb Preussens gerade in den Kreisen, welche eine entschiedene deutsche Politik vertreten, die Beforgnis über die allgemeinen politischen Folgen der durch den Volksschulgesetzentwurf geschaffenen Lage wächst. Man befürchtet augenscheinlich, daß daraus namentlich in Süddeutschland eine Wendung dahin eintreten werde, daß in Bayern und vielleicht auch in anderen Bundesstaaten ultramontane Ministerien an's Ruder gelangen und dadurch auch für die Einseitigkeit der inneren Reichspolitik erhebliche Schwierigkeiten erwachsen würden. Es darf angenommen werden, daß auch

diese Befürchtungen an maßgebender Stelle mit Nachdruck geltend gemacht worden sind und daß Einwirkungen dieser Art die ohnehin bestehenden Bedenken über die Richtigkeit der durch das Gesetzgebersich Borgehen in der Volksschulfrage gesetzlich allgemeinen und parteipolitischen Lage wesentlich verstärkt hat.

Alle diese Momente zusammen dürften zu dem Entschlusse geführt haben, von der Weiterverfolgung des gesetzgeberischen Planes zur Zeit abzusehen. Ob es gelingen wird, für diesen Entschlusse Formen zu finden, welche die Erfüllung des Wunsches ermöglichen, daß dieser Entschlusse nicht von weiteren und namentlich nicht noch von anderen persönlichen Folgen begleitet sein möge, scheint zur Zeit noch Gegenstand der Erwägung zu sein. In Bezug auf die persönliche Seite steht fest, daß der Kultusminister Graf Zebly sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Ob das weitere Gerücht, daß auch der Reichskanzler die Absicht kund gegeben habe, zurückzutreten, thatsächlich Unterlage hat, steht noch dahin. Wenn namentlich in parlamentarischen Kreisen aus der Thatsache, daß die heutige Sitzung des Staatsministeriums, wie gerade genau jetzt vor zwei Jahren, beim Rücktritte des Fürsten Bismarck, im Reichsamt des Innern stattgefunden habe, eine Bestätigung für das Gerücht von dem Rücktritt des Grafen v. Caprivi erblickt wird, so möchten wir darauf hinweisen, daß dieser heutige Ministerrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten stattgefunden und wohl nur deshalb im Reichsamt des Innern abgehalten wurde, weil Herr von Bötticher von seiner Halsentzündung noch nicht soweit hergestellt ist, daß er sich der rauen für Straßenluft aussetzen könnte und bei der nun einmal vorhandenen Situation wohl auf seine persönliche Theilnahme an der Beratung besonders Gewicht gelegt sein möchte.

Von parlamentarischer Seite wird uns noch gefolgt:

„Wie die großen Schwierigkeiten überwunden werden würden, welche dem weiteren Fortgange der Beratungen des Volksschulgesetzes sich entgegenstellen, und ob und welche Personalveränderungen sich nach sich ziehen werden, läßt sich mit Sicherheit noch nicht übersehen. An neuesten Thatsachen ist nur zu merken, daß der Kultusminister Graf Zebly sich für die auf heute Abend angeordnete Sitzung der Volksschulgesetzkommmission entschuldigt hat, obwohl Anträge zur Diskussion stehen, für welche eine Erklärung der Regierung durchaus erforderlich sein würde. Auch wird glaubhaft über eine Aeußerung des Kultusministers dahin berichtet, daß er ein Arrangement der Sache für sehr unwahrscheinlich halte.

Von parlamentarischen Kreisen sind natürlich Zentrum und Konervative empfindlich berührt. Letztere haben sich für die Vorlage fest engagirt, als das wenigstens einem erheblichen Theile der Fraktion paßt. Man hat in diesen Kreisen darauf gerechnet, in einem späteren Stadium der Verhandlungen diesen Standpunkt zur Geltung bringen zu können und sieht sich jetzt in der Gefahr, als Schleppträger des Zentrums zu erscheinen. Anderwärts ist man in der Beurtheilung der Lage sehr zurückhaltend. Man glaubt zunächst sich streng abwartend verhalten zu sollen.“

Deutschland.

Berlin, 19. März. Der Bundesrath hielt, wie schon erwähnt, am 16. und zwar unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Frhrn. v. Falkenhayn eine Plenarsitzung ab. In derselben wurde die Zustimmung ertheilt: Dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Wein, weinähnlichen und weinähnlichen Getränken, dem Entwurf einer Ergänzung zum Reichsgesetz über die Abrechnung der Reichsbanknoten vom 1. Juni 1891, dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Klaffenentheilung einzelner Drie und den Entwürfen von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Stein- und Holzbearbeitungswerken und von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Zigarrenfabriken. Sodann wurde Beschluß gefaßt: Ueber mehrere Eingaben wegen Bewilligung von Ausnahmen auf Grund des § 105 d und des § 139 a Ziffer 4 der Gewerbeordnung für verschiedene Industriezweige, über Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten, über ein Gesuch mehrerer Inhaber des Eisernen Kreuzes, betreffend die Gewährung einer Ehrenulage, und über die Gesuche zweier früherer Reichsbeamten wegen Anrechnung ihrer längeren als der gesetzlich pensionsfähigen Dienstzeit bei Festsetzung ihres Ruhegehalts. An neuen Vorlagen sind eingegangen: Ein Antrag des Reichskanzlers, betreffend die Behandlung der abgetheilten Schulverschreibungen der Prämien-Anleihe Bevilacqua la Masa, der Entwurf einer Verordnung über das Inkrafttreten der auf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle vom 1. Juni 1891, ein Antrag, betreffend die Zollbehandlung der in Kesselnwagen eingehenden Verschnittweine und Moste, der Bericht der Reichsschuldenkommission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes und des Reichs, ferner ein Antrag wegen Freisetzung der Beamten der Invalidentät- und Altersversicherung-Anstalt Westfalen von der Invalidentät- und Altersversicherung. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Vorlagen wurde Bestimmung getroffen. Endlich wurde beschloffen, bezüglich der Rechnung der Rasse der königlich preussischen Ober-Rechnungskammer für 1889—90, soweit sie den Rechnungsbefehl des deutschen Reichs betrifft, Entlastung zu ertheilen, sowie zu genehmigen, daß in Mainz gemischte Privat-Krankenhäuser ohne amtlichen Mitverschuß von den unter Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren gesteuert werden dürfen.

Was den erwähnten Beschluß über Verschnittweine und Moste betrifft, so berichtet der „Reichsanz.“: Nach den vorläufigen Bestimmungen über die Zollbehandlung der Verschnittweine und Moste hat die Einfuhr von Wein und Most, welcher unter Inanspruchnahme des ermäßigten Zolltarifs von 10 Pf. für 100 Kilogramm im deutschen Zollgebiet zum Verschneiden verwendet werden soll, „in Gebinden“ zu erfolgen. In Folge dieser Beschränkung der Zollbegünstigung auf die in Gebinden eingehenden Verschnittweine und Moste war den in Kesselnwagen zur Einfuhr gelangenden italienischen Verschnittweinen in mehreren Bundesstaaten der ermäßigte Zoll verweigert worden. In Italien sind hierüber Beschlüsse

laut geworden, und auch in dem italienischen Parlament wurde diese Angelegenheit jüngst besprochen. Von der italienischen Regierung ist nun dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß diese Angelegenheit in einer den Wünschen der italienischen Interessenten entgegenkommenden Weise geregelt werde. Der Reichskanzler hat demgemäß, in der Voraussehung, daß man italienischerseits durch thätliche Verdrückung der deutschen Exportinteressen Respektzoll über werde, dem Bundesrath die Abnahme von der Auslieferung der in Kesselnwagen eingehenden Verschnittweine und Moste von der Vergünstigung empfohlen und beantragt, daß in den vorläufigen Bestimmungen über die Zollbehandlung der Verschnittweine und Moste die Worte „in Gebinden“ und „in Wegfall kommen mögen.“

Eine außerordentliche Spende von je 5000 Mark ist, wie der „Evangel. Anz.“ mittheilt, von Seiten des Kaisers und der Kaiserin dem Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein überwiesen worden, mit der besonderen Bestimmung, für die Zwecke der Armen- und Krankenpflege in den großen Gemeinden Berlins verwendet zu werden. Der Vorstand des Berliner Lokalantheins hat beschloffen, diese 10,000 Mark den von ihm geleiteten Diakonissen-Stationen (den acht sogenannten „Kaiserin-Stationen“ mit zur Zeit 43 Schwestern) zur Erfüllung ihrer in der Arbeits- und Krankheitsnuth des gegenwärtigen Winters besonders dringenden Aufgaben zuzuwenden.

Der Finanzminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Regierungshauptkassen und die außerhalb Berlins mit der Annahme direkter Steuern betrauten Staatskassen für die Zahlung der Schulschuldscheine des Reichs, sowie für die Auslieferung der für geschäftliche Buchführungen ausgefertigten Schulverschreibungen der Reichskasse und für die Ausgabe der auf Verlangen an das Publikum unentgeltlich abzugebenden Formulare zu Anträgen auf Enttragung von Schulschulden in soweit in Anspruch genommen werden, als sich am Sitz der gedachten Kassen keine Reichsbankfiliale, mit Kassen-einrichtung verfehene Reichsbanknebenstelle oder Reichsbank-Kommanditbe befindet. Die Baarzahlung der Reichsschuldscheine beginnt für die Regierungshauptkassen mit dem 24. des dem Fälligkeitstermin vorhergehenden Monats und für die Spezialkassen mit dem 2. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober, die Uebernahme der Zinsen mit der Post dagegen mit dem 18. März, 17. Juni, 17. September und 18. Dezember. Die für geschäftliche Reichsschuldscheine auszufertigenden Schulverschreibungen werden seitens der Kontrolle der Staatskassen und seitens der Reichsbank unmittelbar überant werden, und letztere haben den bezüglichen Requisitionen dieser Kontrolle ungemäht zu entsprechen.

E. M. Kreuzerbohrer, „Prinzeß Wilhelm“, Kommandant Kapitän zur See Voeters, ist am 17. d. M. von Christiania nach Neufahrwasser in See gegangen. E. M. Kanonenboot „Itis“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Müller, ist am 18. d. M. in Bagdad an Anchorage eingetroffen und geht am 21. d. M. nach Shanghai. E. M. Kanonenboot „Wolf“, Kommandant Korvetten-Kapitän Hellhoff, ist am 18. März in Shanghai angekommen.

Riel, 17. März. Zum Zweck der Errichtung einer Abtöten-Anstalt für die Provinz Schleswig-Holstein sind vom Provinzial-Ausschuß die umfangreichen Grundstücke der früheren Zuckerrübenfabrik zu Neustadt im östlichen Holstein angekauft worden. Die Zahl der hülfsbedürftigen Abtöten unserer Provinz beträgt gegen 600. Bisher wurden dieselben zum Theil in den privaten Abtöten-Anstalten zu Riel und Schleswig untergebracht; diese Anstalten wurden von der Provinz mit jährlich 14,000 Mark unterstüzt.

Meiningen, 17. März. Die bereits telegraphisch gemeldete halbamtliche Regierungserklärung in Sachen der Verheirathung des Prinzen Ernst lautet:

„In einigen Zeitungen ist zu lesen, die Verheirathung Sr. Hoheit des Prinzen Ernst von Sachsen-Meiningen mit Fräulein Jenjen habe zur Voraussetzung, daß er auf die Erbfolge verzichte — womit wohl der Verzicht auf die Nachfolge in der Regierung und auf die Erbfolge in das im fideikommissarischen Eigenthum des herzoglichen Hauses stehende Vermögen gemeint ist. Diese Annahme ist durchaus unzutreffend. Im Falle einer nicht ebenbürtigen Ehe, die hier allerdings vorliegt, ist weder die Gemahlin, noch sind die aus der Ehe hervorgehenden Kinder Mitglieder der landesherrlichen Familie und die Kinder sind weder regierungsfähig noch zur Erbfolge in das fideikommissarische Vermögen berufen. An der Eigenschaft des Prinzen selbst aber als Mitglied des herzoglichen Hauses und an dem hieraus sich ergebenden Rechte, eintretenden Falls zur Regierung und zur Erbfolge in das fideikommissarische Vermögen berufen zu werden, wird dadurch nichts geändert, daß er eine nicht ebenbürtige Ehe schließt. Ein Verzicht hierauf ist dem Prinzen nicht angenommen worden und liegt, so viel bekannt, nicht in seiner Absicht.“

Schweiz.

Der Bundesrath in Bern sieht sich durch die widersprechenden und phantastischen Nachrichten, die bezüglich der Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Frankreich und Italien verbreitet werden, veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Geheimhaltung der Verhandlungen streng gewahrt werde und deshalb nur den offiziellen Mittheilungen Glauben zu schenken sei. Wie es heißt, wäre diese Erklärung hauptsächlich durch neuerliche Meldungen aus Rom veranlaßt worden, welche die Sachlage optimistisch darstellten. Die Antwort Italiens auf die letzte schweizerische Note ist in Bern eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 18. März. (B. T. Z.) Der Senat beriet das Gesetz, wodurch die ärztliche Praxis geregelt wird und nahm eine Reihe von Artikeln an, hauptsächlich diejenigen, welche betreffen, daß die ausländischen Zahnärzte und Hebammen nur dann ihre Thätigkeit in Frankreich ausüben dürfen, wenn sie Diplome von der französischen Regierung erlangt hätten. Die Kommission der Kammer nahm einstimmig den Gesetzentwurf gegen die Dynamitfabriken an. Der Bericht wird unverzüglich vorgelegt werden.

Italien.

Rom, 18. März. Das Armeebblatt „Eser-

cito“, das Organ des Kriegsministers, billigt rückhaltlos die Aeußerungen Tavernas, welche nicht die geringste Beleidigung Frankreichs enthalten; im Gegentheil habe durch Tavernas warnenden Hinweis auf die unveränderte Kriegesstärke Deutschlands nur die Sache des Friedens gewonnen.

Rom, 18. März. (B. T. Z.) Der heute in Sufa erfolgte Einsturz eines Hauses wurde durch eine Explosion herbeigeführt, deren Ursachen bis jetzt noch nicht bestimmt ermittelt sind. „Fanfulla“ meldet, die Explosion sei durch Dynamit oder Sprengpulver hervorgerufen worden; der „Tribuna“ zufolge wurde die Explosion durch eine unvorsichtige Pannabung mit Sprengpulver seitens des Reutenants der Alpenjäger Allione verursacht, welcher eine Quantität Sprengpulver zu Studiengründen befaß. Die Zahl der bisher aus den Trümmern geborgenen Leichen beträgt sechs; man vermuthet, daß noch vier Personen verschüttet sind.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. März. (B. T. Z.) Der Reichstag hat heute bei der gemeinsamen Abstimmung die Regierungsvorlage betreffend die Fortdauerung für das Auswärtige Amt mit 223 gegen 147 Stimmen angenommen. Die Minorität wollte eine Herabsetzung dieser Post um 40,000 Kronen.

Großbritannien und Irland.

Bei der Besprechung des Marinebudgets kritisirte Admiral Field am Montag die schwache Besatzung der Flotte. Auch die ganz kürzlich erfolgte Verhinderung der Mannschaft um 3000, von welchen 1250 nur Knaben seien, würde den Ansprüchen für die vergrößerte Marine im Jahre 1894 durchaus nicht mehr genügen, und er könne sich über die Gleichgültigkeit des Ministers in einer für die Befähigung des Landes so wichtigen Sache nur beruhigen, wenn dieser ihm die Versicherung geben könne, daß der Frieden bis 1896 ungehindert fortbauern würde; die Zahl der Reutenanten, die mit Einschluß der Reserve jetzt nur 935 betrage, müsse jedenfalls auf 1000 erhöht werden, und man solle die Offiziere der Kauffahrtsflotte veranlassen, die Artillerieübungen der Flotte mitzumachen und wenigstens ein Jahr als Freiwillige auf Kriegsschiffen zu dienen. Das jetzt 15,000 Mann betragende Korps der Marineinfanterie sollte jedes Jahr um je 3000 Mann verstärkt werden; denn diese seien durch ihre frähere Zucht und ihre Befanntschaft mit der See und den Gefährden der Flotte für die Landesverteidigung ein viel wichtiger Faktor als die Marinereferre. Auf die von Shaw-Bessore gestellte Frage, ob der Minister es wirklich für ratsam halte, diese riesenhaften Schiffe von je 14,000 oder 15,000 Tonnen, von welchen jetzt acht in Angriff genommen seien, zu erbauen, und ob es nicht vorzuziehen sei, eine größere Menge von kleineren und dennoch sehr starken Fahrzeugen anzufertigen, erwiderte Lord Hamilton, daß er die an den großen Kriegsschiffen von anderer Seite gemachten Ausstellungen nicht verstehe. Es sei besser, gar keine Panzerschiffe zu bauen, als kleinere, die nicht im Stande seien, sowohl kräftig anzugreifen als auch eine gute Salve auszuhalten, oder aber nicht die für Kriegszwecke erforderliche Geschwindigkeit besäßen. Bei kleineren Schiffen müsse man von diesen drei Hauptforderungen wenigstens eines stets opfern. Der „Royal Sovereign“ koste weniger als der „Dero“ und der „Conqueror“ zusammen genommen, und doch könne er mit Leichtigkeit den Kampf mit beiden aufnehmen.

London, 17. März. Die englische Presse ohne Unterschied der Partei läßt dem Wirken des verstorbenen Lord Hampden, früheren liberalen Sprechers im Unterhaus, volle Gerechtigkeit widerfahren. So schreibt die hochkonservative „Morning Post“:

„Die Würde und die Unparteilichkeit, welche Lord Hampden, damals noch Mr. Brand, als Sprecher des Unterhauses an den Tag legte, gemachten ihm das Vertrauen aller Parteien in so hohem Maße, daß sie ihn sowohl im Jahre 1874 wie 1880 einstimmig wieder auf seinen Posten erwählten. Im folgenden Jahr empfing er das Großkreuz des Bath-Ordens für Zivilpersonen und im Jahre 1884 legte er sein Amt nieder, welches er 12 Jahre hindurch bekleidet hatte. Dieses Amt war in den letzten Jahren durchaus kein angenehmes gewesen. Der Sprecher hatte mit den irischen Oppositionisten zu thun, welche verschiedene Tagungen hindurch ihr Aeußerstes aufboten, um eine parlamentarische Regierung unmöglich zu machen. Die Lage führte am 2. Februar 1881 zur Krisis. Der Sprecher entschloß sich nach einer fünfjährigen Debatte über die Gladstonische Zwangs ill zu einem Staatsstreik. Er schnitt dem verstorbenen Mr. Baggart, als dieser sich erhob, um seine Rede fortzusetzen, das Wort ab und erklärte, daß er die Debatte für geschlossen betrachte. Er nahm darauf die Abstimmung vor, welche unter lebhafter Erregung stattfand. Die irischen Abgeordneten verließen das Unterhaus, indem sie all und jeder mit erhobener Stimme gegen die Verletzung ihrer Privilegien protestirten. Beide Seiten des Hauses ergrißen jedoch Mr. Brand's Partei und es kam zu einer Aenderung der Geschäftsordnung, wonach böswillige Obstruktion auch ohne persönliches Eingreifen des Sprechers verhindert werden kann.“

England.

Petersburg, 18. März. (B. T. Z.) Der Abjunkt des Verkehrsministers, Sewreinow, hat, wie verlautet, seine Entlassung erhalten; an seiner Statt ist Geheimrath Swaschensow ernannt.

Warschau, 18. März. Wegen der Nothlage des russischen Landvolkes hat der russische Generalstab angeordnet, die Umlauter nicht in ihre Heimath abzuholen, sondern dieselben bis auf Weiteres in besonderen Kompagnien im Dienste zu behalten.

Bei Dobrowro in Kongress-Polen bemerkte die russische Grenzwaache einen Luftballon in beträchtlicher Höhe über die russische Grenze fliegen. Der Grenzwaache-Kommandant Aralow, welcher im Ballon preussische Offiziere vermutete, beschloß nach demselben zu schießen, was jedoch erfolglos blieb. Nach dem Ballon wird eifrig gefahndet.

Bulgarien.

Sofia, 18. März. (B. T. Z.) Der Spionageprozeß gegen den Polen Kubysenski wurde

wegen Abwesenheit eines Zeugen auf den 22. d. Mts. vertagt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. März. Der Monat März heißt Frühlingsmonat und will man sich davon überzeugen, wie die Kinder Floras — wenn auch nur aus den Treibhäusern — sich schon in prächtiger Blütenfülle entfalten, so muß man unsere Theater besuchen, wenn Benefizgaben für eine beliebige Künstlerin ist. Auch gestern konnte man wieder im Stadttheater der Blumen Pracht und des Gärtners Kunst vereint bewundern, es war Benefiz für Fräulein Ruzel und von allen Seiten war man bemüht, der beliebigen Sängerin durch busige Spenden Huldigungen darzubringen, so daß die Bühne einem Blumenladen Konturrenz machen konnte. Zum Glück für die Benefizantinnen waren die Blumen aber nicht der einzige Lohn für ihre Mühen, das Theater war gut besetzt und dürfte die Künstlerin daher auch einen klingenden Erfolg zu verzeichnen haben. Die Vorstellung selbst bot die „Tochter des Regiments“ und „Cavalleria rusticana“ in abgerundetem Ensemble und hatte in der ersten Oper die Benefizantinnen als „Marie“ Gelegenheit, sich nicht nur als treffliche Sängerin, sondern auch als routinirte Wirbelstromlerin vorzuführen. Die nächste Gelegenheit zum Abzug von Blumen und Vorberträgen werden unsere Gärtner am Dienstag haben, an diesem Tage findet das Benefiz für Herrn Karl Listemann statt und dürfte auch dieser Benefizabend auf unsere Opernfreunde Anziehungskraft ausüben. Neben der unverwundlichen „Cavalleria rusticana“ bringt die Vorstellung Vorigen's „Waffenknecht“ mit theilweiser neuer Besetzung. Aus besonderer Gefälligkeit für den Benefizanten übernimmt Frau Moor-Schlehterer die Partie der „Marie“, Herr Listemann singt den „Stabinger“, Herr Kiepe den „Graf Liebenau“ und Fräulein Pollini die „Armentraut“.

Zur Befestigung eines unter vielen Herren des Fleischerhandels verbreiteten Irrthums über § 5 des Gemeindebeschlusses betreffend die Einführung des Schießwanges in Stettin (siehe Bekanntmachung d. d. Stettin, den 6. November 1891. Der Magistrat) sei Folgendes gesagt: Der § 5 fordert absolut nicht, wie mancher behauptet, daß ein Stettiner Fleischer oder Fleischhändler sein ausgefertigtes Vieh kaufen oder verkaufen dürfe, was von außerhalb hierher über das städtische Schlachthaus bezugs obligatorischer Untersuchung eingeführt worden ist; sondern § 5 sagt klar aus: Meister und Fleischhändler Stettins! Ihr dürft nur im hiesigen Schlachthaus schlachten resp. schlachten lassen, nicht anderswo innerhalb eines Umkreises von 30 Kilometern, z. B. in Altarm, Mühlentee, Bötz, Grabow u. s. w., nicht in diesen Orten Schlachtereien anlegen wollen, um von dort aus das geschlachtete Vieh nach Stettin zu bringen und hier zu verkaufen. * Bei der gestern im Stadtgymnasium stattgehabten Abiturienten-Prüfung haben sämtliche 17 Theilnehmer das Examen bestanden; 7 davon waren von der mündlichen Prüfung befreit.

* In letzter Nacht bemerkte der Wächter, wie sich der Arbeiter Emil Mieslow an dem Thürbender des Hauses Schulstraße 2 in auf-fälliger Weise betheiligte. Als der Beamte sich näherte, gab jener an, obachlos zu sein, erging sich aber, als der Wächter zur Verhaftung schreiten wollte, in Beleidigungen und ließ ihn mit Füßen, bis er denn endlich zur Ruftodie befördert wurde.

Seit dem 3. Januar 1892, Abends 11 Uhr, wird der Fischer Max Stach aus Erbrö, geboren am 25. September 1862 in Birkten, Kreis Angerburg, vermisst. Stach befand sich an jenem Abend auf dem hiesigen Bahnhof. Er ist von mittlerer Größe und trägt kleinen hellblonden Schnurrbart; sein Haar ist dunkelblond; auf dem einen Unterarm findet sich sein voller Name tätowirt. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht Stettin bittet um Auskunft über den Vermissten.

Der Radmeister Dürckling ist von Frankfurt a. O. nach Stettin verlegt. — Im Kreise Kammin i. Pom. ist für den Ständesausschuß Fröberg der Leher Rüst für Fröberg zum Stellvertreter des Ständesbeamten ernannt.

* In der Zeit vom 1. bis 16. d. M. sind bei der königlichen Polizei-Direktion folgende Gegenstände als gefunden gemeldet:

Handschuhe — Schlüssel — Armbänder — 1 Milchtaube — Portemonnaies mit Inhalt — 1 Fächer — 2 Schrotleitern — Krügen und Stühlen — 1 Buch über den deutsch-französischen Krieg — Ringe — 1 Outfetter — 1 Kontobuch — 1 Trauring — 1 Halskette — 1 Peitsche — 1 Herrenstiefel — Handtücher — 1 Brodbentel — Regenschirme — 1 Taschentuch — 1 Muff — 1 Taschentuch — 1 Handtuch — 1 Halsstuch — 1 Peitsche — 1 Siegelring — 1 Strickgarn — 1 Beutel mit Kleidungsstücken — 2 Tauben — 1 Gelbbörse — 1 Quittungskarte — 1 Flasche in einem Korb — 1 Taschenuhr — 1 Zwerchmarmelade — 1 Seide.

Die Verlierer werden aufgefordert, ihr Eigenthumrecht binnen 3 Monaten geltend zu machen. * Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Rente 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,10—1,20 Mark, Mittel 1,80 Mark; Schweinefleisch: Rente 1,40 Mark, Schinken 1,20 Mark, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Rente 1,20—1,30 Mark, Vorderfleisch 1,10 Mark, Rente 1,60 Mark, Hammelfleisch: Rente 1,40 Mark, Rente 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger.

(Personal-Veränderungen im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin für den Monat Februar 1892.) Es sind ernannt: zum Gerichtsschreiber: der Referendar Richard Wolff; zum Notar: der Rechtsanwalt Nischel in Stettin; unter Anweisung seines Wohnortes in Stettin; zum Referendar: die Rechtskandidaten Jagemeister und Genken; zum Gerichtsschreiber: die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen Range aus Stettin bei dem Amtsgericht zu Stolp, Wolff aus Barwalde i. Pom. in Pasewalk, Klemm aus Stettin in Gollnow, Breesche aus Stettin in Rugenwalde; zum etatsmäßigen Ge-

Vorzüglich zur Erhaltung einer guten Haut,
besonders bei **kleinen Kindern**.
Zu haben in den meisten Apotheken u. Drogerien.